



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Bundesstaaten und Volksvertretung unter Wilhelm II.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

gönnen wollte. Daraus hätte die Reichspolitik ihre Folgerungen ziehen müssen, um so mehr, als die weltpolitische Stellung Englands damals ungesicherter war als je, und die deutsche Flotte eine Stärke erreicht hatte, die sie für England zu einem gefürchteten Gegner machte.

Nach Abschluß der Marokko-Verhandlungen lenkte England ein und machte wiederholt Vorschläge wegen einer Beschränkung der Flottenbauten, die so sehr einseitig zu seinem Vorteil waren, daß sie gar nicht erörterbar schienen; gleichwohl ließ sich der Kanzler durch sie zu einer Herabminderung der in Vorbereitung befindlichen Flottenvorlage bestimmen. Dann regte England eine Verständigung über die kolonialen Bestrebungen und Anwartschaften in Afrika und Asien an; die Verhandlungen hierüber waren noch im Gange, als der Weltkrieg ausbrach.

* * *

Soweit die Regierungstätigkeit des fünften Reichskanzlers bis zum Kriege zu überblicken ist, muß ausgesprochen werden, daß es ihm nicht gelang, wieder gut zu machen, was von Bismarcks drei ersten Nachfolgern verfehlt und versäumt worden war; im Gegenteil, die alten Fehler sind fortgesetzt worden, und das Reich hat unter Bethmann Hollweg schwersten Schaden genommen.

Vergißt man über den besonderen Mißerfolgen seiner inneren und äußeren Politik nicht, daß auch im allgemeinen das Ansehen der Regierung, die auf jede Führung des Volkes verzichtete und die Zügel am Boden schleifen ließ, gemindert wurde und daß die Staatsgewalt untergraben erschien, so konnte der Vaterlandsfreund nur mit tiefer Sorge fragen, wie lange solch unselige Unpolitik noch dauern sollte. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß die Reichstagswahlen im Januar 1912 rund vier Millionen Stimmen für die Sozialdemokraten ergeben haben, denen, mit den Nachwahlen, hundertzehn Sitze im Reichstag zufielen.

In solcher Lage trat das Reich in den Kampf um Sein oder Nichtsein — unter solcher Führung.

Bundesstaaten und Volksvertretung unter Wilhelm II.

Im Reiche blieben die Beziehungen der Bundesstaaten zu Preußen nicht unberührt von der Regierungsweise des neuen Kurses; manche unerfreulichen Vorkommnisse hatten Verstimmungen der bundesstaatlichen Fürsten und Regierungen im Gefolge, die dem Reiche nicht zuträglich waren. Das Wort von der „Reichsverdrossenheit“ kam auf — ein Beweis dafür, daß gegenüber der Zeit Kaiser Wilhelms des Ersten und Bismarcks Veränderungen im Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche eingetreten waren. Trotzdem aber ist kein Zweifel, daß das Zusammenleben im Reiche das Schwergewicht gemeinsamer Bedürfnisse und Einrichtungen, das er-

wachte Gefühl der Unzertrennlichkeit, den Reichsgedanken nicht nur unangetastet gelassen, sondern auch vertieft hat.

Von Bedeutung hierfür war, daß Kaiser Wilhelm II. durch seine Reisen mit allen deutschen Stämmen in Berührung kam und ihnen in glänzender Zurichtung die Verkörperung der Einheit — sich, den deutschen Kaiser — nahe brachte.

Von Bedeutung war weiter das Ausgreifen der Gesetzgebung des Reiches auf den mannigfaltigsten Gebieten, das für Süd und Nord, für Ost und West gleiches Recht schuf; ihre Krönung erfuhr diese Tätigkeit mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs des Deutschen Reiches, das am 1. Januar 1900 in Kraft trat und zum ersten Male alle in den Reichsgrenzen Wohnenden denselben, sämtliche Beziehungen des bürgerlichen Lebens umfassender Rechtsätzen unterstellte.

Bei allen politischen Mängeln, die sich seit dem neuen Kurse im Reiche gezeigt haben, war es ein Trost zu sehen, wie die Bundesstaaten sich im Reichsverbande so geborgen und gesichert fühlten, daß der Gedanke an ein Leben außerhalb des Reiches nur in ganz wenigen verschrobenern Köpfen aufkommen konnte. Das Reich war ein festgefügtter Bau, der schon manche Belastungsprobe überstehen konnte.

* * *

Im Innern des Reiches war der Gang der Reichsgeschäfte durch das Fortbestehen einer starken Zentrumspartei und durch das Anwachsen der Sozialdemokratie beeinflusst.

Wilhelm II. hatte geglaubt, mit der Sozialdemokratie allein fertig werden zu können, und hatte i. J. 1890 auf die Erneuerung des Sozialistengesetzes verzichtet. Die Folge davon war, daß die Bewegung, aller Hemmungen ledig, sich ungehindert ausbreiten konnte; die Zeitungen schossen aus der Erde, Vereine wurden in den kleinsten Orten gegründet; ein Heer von bezahlten Parteibeamteten und Rednern wurde aufgestellt — und das Ergebnis war ein wüster Kampf gegen die bestehende Ordnung, gegen Staat und Gesellschaft, eine Untergrabung des Gefühls der Zusammengehörigkeit und der in jedem Gemeinwesen nötigen Unterordnung, eine Verrohung und Verwilderung des politischen Lebens.

Der Staat sah diesem Treiben ruhig zu, er ließ die Partei sich geradezu eine Gewaltherrschaft über die Arbeiter anmaßen, und er durfte sich nicht wundern, daß diese Partei der Reichsfeinde es bei den Wahlen 1912 auf vier Millionen Stimmen brachte.

Vier Millionen Volksgenossen, die ihr Volk verleugneten, die im Reiche ihren Feind sahen, die alle Wohltaten der sozialen Gesetzgebung ohne Dank hinnahmen — eine furchtbare Tatsache, beschämend für den Staat und die Gesellschaft, die solches nicht zu verhindern gewußt. Und

gering war die Hoffnung, daß es besser werde: denn der minder umstürzlerische Flügel der Partei, die sog. „Revisionisten“ wurden mundtot gemacht und fanden in den Massen keinen Anhang. So war nicht abzusehen, wie diese verhetzten und verführten Volksglieder wieder für den Staat gewonnen werden könnten.

Das Zentrum hatte sich rasch in die durch Bismarcks Beseitigung geschaffene Lage gefunden und sie mit Geschick ausgenützt. Es hatte einer Regierung etwas zu bieten mit seinen etwa hundert Abgeordneten — und einer vor Kämpfen zurückschauenden Regierung mußte es bequem sein, eine solche geschlossen auftretende Partei auf ihrer Seite zu haben.

So geschah es wirklich, daß diese Partei bald in die Stellung einer Regierungspartei einrückte und sich bis Ende 1906 darin behauptete; in den zweieinhalb Jahren des „Bülow-Bloßes“ waren die Beziehungen zwischen der Regierung und der Partei ganz unterbrochen; seit Bülows Sturz war das Zentrum wieder in seine alte Stellung eingerückt.

Gewiß machte die Partei eine Wandlung durch und wurde staatsfreundlicher — aber die Politik, die sie trieb, war keine rein-sachliche: wenn sie die Notwendigkeiten des Reiches in Heeres- und Flottenfragen, im Zolltarif und in den Handelsverträgen bewilligte, so wußte sie stets Sondervorteile auf dem Gebiete ihrer besonderen Bestrebungen zu erzwingen. Das Zentrum fand immer neue Beschwerden über harte oder ungleiche Behandlung seiner Glaubensgenossen: so wußte es zu gleicher Zeit seine Anhänger bei der Sahne zu erhalten und die Regierungen zu neuen Zugeständnissen zu veranlassen. In allen Fällen aber, wo es zu wählen hatte zwischen Volk und Glaubensbetätigung, zwischen Reich und Kirche, verleugnete es seinen Ursprung nicht und bewies, daß es, obwohl durch die Teilnahme an der Regierung mitverantwortlich, doch weit entfernt war, rein-nationale Politik zu treiben und zu verstehen. Die Nachgiebigkeit der Regierung hatte vor dem Bruche im Dezember 1906 keine Grenzen mehr gehabt. Das Zentrum gab den Ausschlag, seine Führer waren die Vertrauten des Kanzlers und der Staatssekretäre; sie machten hinter den Kulissen ihre politischen Tauschgeschäfte.

Der Kaiser bekundete seine Verehrung vor den Kirchenfürsten; diese schmeichelten ihm und erzeigten ihm ihre Bewunderung. Der Reichstag hatte jahrelang einen Vorsitzenden aus den Reihen des Zentrums: es hieß „katholisch ist Trumpf“, sollte aber heißen „Zentrum ist Trumpf“. Es soll nicht verkannt werden, daß die Erhaltung einer solchen Partei, der neben dem konservativen Adel die demokratischen Elemente aus dem geistlichen, dem Bürger- und Bauernstande angehörten, eine bedeutende politische Leistung ist — schade nur, daß sie erreicht wurde durch den Mißbrauch religiöser Gefühle unter der Vorpiegelung, daß Kirche und Glauben in Gefahr seien.

Das Zusammengehen von Regierung und Zentrum lag wie ein Alp auf dem politischen Leben — jahrelang mußte er getragen werden, weil die Regierung nicht daran dachte, den Bann zu brechen.

Bezeichnend ist, daß der Bruch erfolgte, weil das Zentrum den Bogen überspannte — bezeichnend, daß dies geschah in Fragen der Kolonialpolitik, wo es die Anliegen der gegen koloniale Beamte heßenden und wühlenden Missionare geradezu schamlos vertrat: auf diesem Gebiete war die Zentrumshegemonie bis zur Tyrannei gediehen, denn wer den Missionen nicht zu willigen war oder ihnen mißfiel, wurde verdächtigt und verleumdet; mancher tüchtige Beamte fiel solchem Treiben zum Opfer, da die Kolonialverwaltung gegen die vom Zentrum beschützten Missionen nicht vorzugehen wagte.

Einige besonders häßliche Fälle veranlaßten im Herbst 1906 den neuen Leiter der Kolonialverwaltung Dernburg pflichtmäßig zum Widerstande gegen die Missionen — das Zentrum nahm sich ihrer an: es entstand heftigste Feindschaft zwischen Dernburg und den Zentrumsführern, die zur unsachlichen Ablehnung sachlich begründeter Forderungen führte. Wegen dieses Streitfalls war die Auflösung des Reichstags erfolgt; seinetwegen hatte Bülow während der letzten Jahre seiner Amtszeit jedes Zusammengehen mit dem Zentrum abgelehnt, auch wo es sachlich geboten war. Bei der Reichsfinanzreform und bei der großen Heeresvorlage des Sommers 1913 hat die Partei hervorragend mitgewirkt. Sie hatte es offenbar gelernt, daß sie trotz ihrer Stärke ihren Machtgelüsten Schranken ziehen mußte, und sie hatte innerhalb der eigenen Reihen mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen, die sie auch zu einer gewissen Bescheidung nach außen veranlaßten.

Die Reste der Fortschrittspartei hatten sich in zwei Gruppen geteilt: die „freisinnige Vereinigung“ zeigte sich bereit, die Notwendigkeiten des Staates anzuerkennen, und bewilligte besonders die zum Ausbau der Wehrmacht zu Land und zur See nötigen Mittel: dagegen verharrete die „freisinnige Volkspartei“ in ihrer unfruchtbaren Politik der Verneinung und trug dazu bei, daß das Zentrum ausschlaggebende Bedeutung gewann. Nach dem Tode ihres Führers Eugen Richter trat auch hier eine Wendung zum Besseren ein, und in den Fragen der Wehrkraft versagte die Partei nicht.

Eine ähnliche Schwenkung hat die demokratische süddeutsche Volkspartei vollzogen — in den Fragen der Wirtschaftspolitik sind aber diese drei linksliberalen Gruppen auf dem verneinenden Standpunkte des Freihandels verblieben, wie sie auch alle aus dem Verhältnis des Einzelnen zum Staate sich ergebenden Fragen nach der durch die Entwicklung widerlegten „liberalen Doktrin“ behandelten.

Seit März 1910 hatten die drei Gruppen sich zu einer Partei, der

fortschrittlichen Volkspartei zusammengeschlossen, die ihr „doktrinäres“ Wesen bewahrte und vor allem auf eine Erweiterung der Volksrechte hinarbeitete, während sie in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie versagte.

Die Nationalliberalen und die Konservativen ließen in der Hauptsache seit Bismarcks Entlassung Haltung und Selbständigkeit vermissen: es war, als sei ihnen das Rückgrat gebrochen. Sie mußten die Politik des neuen Kurses innerlich verurteilen, wie sie die Behandlung Bismarcks verurteilen mußten — aber sie schwiegen und ließen den Dingen ihren Lauf; ein leiser Tadel hie und da, halbe Worte — sonst aber aus „taktischen Gründen“ ein Überdecken der Fehler, ein sich Blind- und Taubstellen gegen die Folgen der kaiserlichen Politik auf allen Gebieten.

Seit Ende 1908 war hierin ein Wandel eingetreten, und wiederholt haben beide Parteien gegen Mißgriffe der Regierung entschieden Stellung genommen. Der Streit um die Reichsfinanz-Reform hatte zu einer Entfremdung zwischen beiden geführt, aber auch innerhalb dieser Parteien selbst weitgehende Meinungsverschiedenheiten veranlaßt. Weder diese innern Schwierigkeiten, noch das unfreundliche Verhältnis zwischen beiden war bei Kriegsausbruch beseitigt; die Leitung der nationalliberalen Partei legte größeres Gewicht auf den „Anschluß nach links“, als einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Rechten förderlich war.

Die Konservativen hatten offenbar die tiefsten Schäden unseres staatlichen Lebens: die Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche der Massen und die dadurch verursachte Minderung des Ansehens der Krone und der Staatsgewalt im vollen Umfange erkannt; ein Gleiches kann von dem sog. rechten Flügel der Nationalliberalen gesagt werden. Es war die Frage, ob diese Gruppen für sich und miteinander den Entschluß fanden, den Kampf um die Wiederherstellung des monarchischen und staatlichen Ansehens mit der von der Not der Zeit gebotenen Entschlossenheit aufzunehmen und gegen jeden Gegner, der sich dieser Arbeit in den Weg stellte, rücksichtslos durchzuführen.

* * *

Als der Krieg ausbrach, war als Ergebnis der bis dahin 26jährigen Regierung Wilhelms II. die Tatsache festzustellen, daß das Ansehen des Reiches trotz seiner in Heer und Flotte vorhandenen Machtmittel nach außen geschmälert, und daß nach innen die unschätzbaren Errungenschaften aus Wilhelms I. und Bismarcks Zeit gemindert waren: die durch die Liebe des Volkes begründete Machtstellung der Monarchie und die Achtung vor der Staatsgewalt.